

Die Deregulierung von Arbeitnehmerrechten wird die europäische Industrie nicht retten — sie wird die Krise nur vertiefen

Arbeitsschutzvorschriften für Fabrikschließungen verantwortlich zu machen, ist keine Industriepolitik — es ist Ausweichen, getarnt als Reform.

Die industrielle Basis Europas steht unter enormem Druck. Von Chemie über Metalle bis hin zu Automobilkomponenten fahren Unternehmen ihre Produktion zurück oder schließen ganz, da sie mit denselben strukturellen Belastungen konfrontiert sind. Doch anstatt sich diesen realen Herausforderungen direkt zu stellen, setzt sich in einigen Hauptstädten und Arbeitgeberkreisen ein beunruhigendes Narrativ durch: Die Arbeitnehmerrechte seien das Problem, und Deregulierung — versteckt hinter dem Schlagwort „Vereinfachung“ — die Lösung. Wenn sich die europäischen Staats- und Regierungschefs am 12. Februar im Schloss Alden Biesen zu einem informellen Gipfel zur „Wettbewerbsfähigkeit“ treffen, sollten sie nicht auf falsche Versprechungen hereinfallen.

Jüngste [Vorschläge](#) aus Teilen der europäischen Industrie und von Arbeitgeberverbänden zielen darauf ab, die Gesetzgebung zur Entgelttransparenz, zu Unterrichts- und Anhörungsrechten, zum Schutz prekär Beschäftigter, zu den Rechten von Auszubildenden und sogar zur verbesserten Funktionsweise der Europäischen Betriebsräte umzukehren. Doch diese Agenda ignoriert ganz bewusst die eigentlichen Probleme — und droht, die Krise noch zu verschärfen.

Die Deregulierungsagenda verfehlt den Kern des Problems völlig

Seien wir unmissverständlich: Keine Fabrik schließt, weil Beschäftigte das Recht haben zu wissen, wie ihr Lohn strukturiert ist, weil Betriebsräte angehört werden müssen oder weil prekär Beschäftigte grundlegende Schutzrechte verdienen.

Dieser Vorstoß ist opportunistisch und gefährlich realitätsfern. Europas Industrien brechen unter der Last unbezahlbarer Energiepreise, schwacher Nachfrage und unfairen Handels zusammen — nicht weil Auszubildende Rechte haben oder weil es Entgelttransparenz zwischen Frauen und Männern gibt. Diese Rechte machen Arbeitsplätze berechenbarer, stabiler und innovativer. Ohne sie werden Beschäftigte weiterhin ihren Anteil an wirtschaftlichen Gewinnen verlieren, während Unternehmen ihre Profite maximieren.

Ein Wettlauf nach unten macht uns verwundbarer, nicht wettbewerbsfähiger. Europas Weg zur Wettbewerbsfähigkeit liegt in strategischen Investitionen in Menschen und Technologie — nicht in der Absenkung von Rechten und Standards. Die Deregulierung von Rechten untergräbt die Produktivität, schwächt Qualifikationen und macht Beschäftigte wie Unternehmen verwundbar. Sie zerstört Vertrauen und spaltet unsere Gesellschaften zu einem Zeitpunkt, an dem wir einen gemeinsamen Zweck und koordinierte industrielle Antworten brauchen.

Betrachten wir die realen strukturellen Herausforderungen für die europäische Industrie — und wie Deregulierung keine davon löst.

Hohe Energiepreise sind der größte Belastungsfaktor für energieintensive Sektoren. Diese Herausforderung ist existenziell. Europäische Produzenten sehen sich deutlich höheren Energiepreisen gegenüber als in den USA oder in Teilen Asiens. Deshalb haben Chemie-, Stahl- und Düngemittelwerke ihre Produktion gedrosselt oder stillgelegt — nicht weil Beschäftigte Anhörungsrechte haben. Die Deregulierung von Arbeit wird weder den dringend benötigten günstigen und sauberen Strom liefern noch den Netzausbau, den Ausbau erneuerbarer Energien oder der Wasserstoffinfrastruktur beschleunigen. Europa braucht einen europaweiten Plan zum Ausbau sauberer Energie — keinen Abbau grundlegender sozialer Schutzrechte.

Europas **lang anhaltende Phase schwacher Binnennachfrage** belastet die industrielle Wirtschaft. Wenn Verbraucher Anschaffungen aufschieben und öffentliche Investitionen fehlen, verlangsamt sich die Produktion — unabhängig davon, wie flexibel oder ungeschützt die Beschäftigten sind.

Die Abschaffung der Entgelttransparenz oder die Schwächung von Unterrichts- und Anhörungsrechten wird nicht plötzlich neue Aufträge schaffen. Schlimmer noch: Der Abbau von Schutzrechten schürt Unsicherheit und veranlasst Haushalte, zu sparen statt zu konsumieren. Es ist ökonomisch irrational, Arbeitnehmerrechte in einer Phase zu schwächen, in der Europa dringend seine Binnennachfrage ankurbeln muss. Die Stärkung von Tarifverhandlungen und Investitionen ist entscheidend, auch in öffentliche Dienstleistungen wie Kinderbetreuung, Wohnungsbau, Gesundheit, Verkehr und Bildung — all dies stärkt Nachfrage und Wettbewerbsfähigkeit.

Europäische Industrien stehen zudem durch **massiv staatlich subventionierte Überkapazitäten** in anderen Teilen der Welt unter starkem Druck, dies gilt insbesondere für die Branchen Chemie, Solarindustrie, Stahl, Automobilbau und Batterien. Niedrigere Arbeitsstandards werden weder internationales Dumping noch strukturelle Preisverzerrungen ausgleichen. Europa muss sich stattdessen auf den Schutz seiner industriellen Basis konzentrieren und strategisch investieren, um unter globalem Druck widerstandsfähig zu bleiben. Es braucht robuste handelspolitische Schutzinstrumente, eine koordinierte Industriestrategie und gezielte Unterstützung für strategische Sektoren — keinen Abbau von Rechten.

Besonders gefährlich an der aktuellen Deregulierungswelle ist ihr Zeitpunkt. Genau in dem Moment, in dem Beschäftigte und Arbeitgeber sozialen Dialog mehr denn je benötigen, um Restrukturierung und Dekarbonisierung zu bewältigen, versuchen einige Arbeitgeberverbände, die Instrumente zu schwächen, die einen verantwortungsvollen Wandel überhaupt ermöglichen.

Das ist nicht abstrakt. Unterrichts- und Anhörungsrechte sind entscheidend für geordnete Restrukturierungen, frühzeitige Antizipation von Veränderungen und die Vermeidung unnötiger Arbeitsplatzverluste. Entgelttransparenz ist zentral für Fairness und Bindung von Fachkräften. Der Schutz von Auszubildenden und prekär Beschäftigten unterstützt Kompetenzentwicklung und Stabilität der Belegschaften — unverzichtbare Elemente für die grüne und digitale Transformation.

Dasselbe gilt aus Sicht der Wettbewerbsfähigkeit: Deregulierung schwächt Qualifikationen, verschlechtert die Arbeitsqualität und zerstört die Grundlagen des europäischen Sozial- und Industriemodells. Soziale Standards sind kein Bürokratieballast — sie sind die Basis von Vertrauen, Investitionssicherheit, Produktivität und Innovation.

Doch dieser Deregulierungsvorstoß ist nicht nur ein Angriff auf Arbeitnehmerrechte — er ist eine direkte Bedrohung für die demokratische Stabilität. Indem Regeln geschwächt werden, die Fairness sichern, und tiefgreifende Rückschritte ohne angemessene Debatte durchgedrückt werden, riskieren politische Entscheidungsträger, das öffentliche Vertrauen zu untergraben. Diese Aushöhlung demokratischer Kontrollmechanismen schafft den idealen Nährboden für rechtsextreme Kräfte, die von Wut, Unsicherheit und Enttäuschung leben. Der Schutz einer starken, transparenten Regelsetzung ist daher unerlässlich — nicht nur für Beschäftigte und Gemeinschaften, sondern auch für den Schutz der Demokratie selbst.

Eine glaubwürdige Industriestrategie muss sich auf das Wesentliche konzentrieren

Statt auf das Dogma der Deregulierung zu setzen, sollten sich die nationalen Regierungen zu einer Strategie bekennen, die an den realen Bedürfnissen der europäischen Industrie ansetzt — einer Strategie, die auf Investitionen, fairem Wettbewerb und starken sozialen Bedingungen beruht. Die

sechs Prioritäten von industriAll Europe aus der Kampagne „*United to Fight for Good Jobs*“ zeigen genau diesen Weg auf:

Erstens braucht Europa **koordinierte öffentliche und private Investitionen**, um grüne, widerstandsfähige und sozial verantwortliche industrielle Kapazitäten aufzubauen — Investitionen, nicht Deregulierung, sind der Schlüssel zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit.

Zweitens muss jede öffentliche Unterstützung, einschließlich der öffentlichen Beschaffung, **an soziale Auflagen und Local Content-Kriterien** geknüpft werden, um sicherzustellen, dass Investitionen europäische Standorte stärken und Verlagerungen ins Ausland verhindern.

Drittens sind **wirksame Instrumente zur Sicherung von Arbeitsplätzen**, wie Mechanismen nach dem Vorbild von SURE, in volatilen Märkten unverzichtbar, da Sicherheit für Beschäftigte eine Voraussetzung für Stabilität und langfristige Planung ist.

Viertens **muss der industrielle Wandel konkrete Planung, Qualifizierung und sozialen Dialog umfassen** — kein Beschäftigter und keine Region darf zurückgelassen werden, während Europa dekarbonisiert und digitalisiert.

Fünftens **muss Europa entschlossen gegen Dumping und globale Überkapazitäten vorgehen**, denn Wettbewerbsfähigkeit erfordert ein globales Spielfeld mit fairen Arbeitsstandards.

Sechstens **braucht die Industrie verlässlichen Zugang zu sauberer und bezahlbarer Energie**, um wettbewerbsfähig zu bleiben — dies ist der Grundpfeiler langfristiger Wettbewerbsfähigkeit.

Diese Prioritäten bilden das Rückgrat einer glaubwürdigen Industriestrategie — einer Strategie, die Europas Beschäftigte und Industrieregionen stärkt, statt sie zu opfern.

Die industrielle Krise Europas ist real und verlangt entschlossenes Handeln. Doch die Schwächung von Arbeitnehmerrechten ist kein Handeln — sie ist Ausweichen. Sie ist eine politische Abkürzung, getarnt als Industriepolitik.

IndustriAll Europe fordert die politische Führung der EU auf, den Lockrufen einiger Arbeitgeber zu widerstehen und den Fokus wieder auf die Rettung unserer Industrie und unserer Arbeitsplätze zu richten. Deregulierung ist eine Falle, während Investitionen in Menschen, Technologie und gute Arbeitsplätze das wahre Fundament einer wettbewerbsfähigen europäischen Wirtschaft sind.

Europa wird keinen Wettlauf nach unten gewinnen. Es wird gewinnen, indem es stärkt, was seine Industrie immer stark gemacht hat: qualifizierte Arbeitskräfte, hohe Standards, Sozialpartnerschaft und strategische Investitionen. Die Beschäftigten verdienen nichts weniger — und die industrielle Zukunft Europas hängt davon ab.